

ANDRÉ BRIE

## Zum Artikel von Michael Benjamin

Mit zeitlichem Abstand – Impulsivität wollte ich in diesem Fall vermeiden – möchte ich wenigstens eine Bemerkung zum Artikel von Michael Benjamin in »UTOPIE kreativ« Juli/August 1996 (»Die PDS und ihr linker Flügel. Aus Anlaß des Beitrages von Ronald Löttsch«) machen.

Ob die KPF linker, wie Benjamin meint, oder rechter Flügel der PDS ist (so Michail Nelken), ist eine Frage der Definition und Selbstdefinition. Gehört zur Linken wesentlich und nicht zuletzt der emanzipatorische Anspruch (und die Erkenntnis, daß die staatssozialistische Gesellschaft in der UdSSR und der DDR nicht emanzipatorisch bzw. antiemanzipatorisch war), so werden meiner Meinung nach zumindest die Sprecherinnen und Sprecher der Bundes-KPF diesen dezidiert linken Anspruch kaum für sich reklamieren können. Aber gut, darüber ließe sich – auch schön akademisch – streiten. Ebenso würde ich gern über den Pluralismus der PDS diskutieren, der noch 1990/91 von prominenten Wortführern der KPF so vehement abgelehnt und jetzt ebenso vehement betont wird. Mein Problem besteht allein darin, daß ich weder im Programm noch im Statut oder in sonstigen Dokumenten der PDS-Geschichte einen uneingeschränkten Pluralismus entdecken kann. Die PDS hat sich seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 deutlich von undemokratischen Sozialismusvorstellungen distanziert und dies im Statut und Programm auch ausgedrückt. Ich befürchte, daß dieser Konsens über die Grenzen des PDS-Pluralismus allzu sehr aus den Augen verloren wird.

Aber nun zum eigentlichen Problem: Ronald Löttsch hat in der DDR drei Jahre im Gefängnis verbracht, die Hälfte davon in Bautzen II – wegen angeblicher Beihilfe zum Staatsverrat. Er ist dennoch Mitglied der PDS! Für mich war diese Tatsache immer bedeutungsvoll und ermutigend bei dem Bestreben der PDS, aus der SED heraus eine moderne, demokratische sozialistische Partei zu entwickeln. Löttschs Geschichte ist für mich aber natürlich kein Grund, mich nicht mit seinen aktuellen Ansichten auseinanderzusetzen, und ich habe das, wenn ich Grund dazu sah, getan. Dieses Recht hat selbstverständlich auch Michael Benjamin. Ich spreche aber ihm und uns in der PDS insgesamt das Recht ab, einen Menschen wie Ronald Löttsch als »dezidierten Vertreter der Parteirechten« zu bezeichnen. Das hat nicht in erster Linie mit Löttschs Vita zu tun, sondern mit dem Begriff selbst, der in der Stalinisierung der Kommunistischen Internationale, der KPdSU und der

KPD entstand und im unmittelbaren Sinne des Wortes Totschlagargument wurde. Der Antistalinismus der PDS und der KPF muß sich – denke ich – auch in der Kenntnis der Geschichte kommunistischer Sprache und in Auseinandersetzung mit ihr äußern. Clara Zetkin, deren mutigen und weitsichtigen Antistalinismus man uns in der DDR vorenthalten hat, hat sich bereits 1925 auf einer Tagung des EKKI in Moskau gegen die Verwendung eben dieses Begriffes gewandt, mit dem in der KPD Paul Levy und später die ehemals »Ultralinken« Brandler und Thalheimer sowie Hunderte andere diffamiert wurden, in der Sowjetunion die Ermordung Tausender Kommunistinnen und Kommunisten begründet wurde.

Ähnliches ließe sich übrigens auch über die Geschichte solcher von den Sprecherinnen und Sprechern der Bundes-KPF, aber z. T. auch einigen anderen PDS-Politikerinnen und -Politikern gern verwendeten Vorwürfe sagen wie »Sozialdemokratismus«/»Sozialdemokratisierung«, »Verräter«, »Renegaten«, »Totengräber« etc. Ein Antistalinismus der Ahnungslosigkeit nützt uns nichts, und ein Zurück hinter Clara Zetkin wäre entsetzlich.

HORST ROCHOLL

## Harich und Zaisser

Der Beitrag von Caroline de Luis<sup>1</sup> ergänzt mein Harich-Bild. Ich teile ihren Respekt vor diesem Mann.

Eine kleine Bemerkung: Mancher Gedanke kommt nicht nur einem Menschen, sondern einigen oder vielen: Ich habe 1945 Wilhelm Zaisser, den späteren ersten Minister für Staatssicherheit der DDR, kennengelernt. Er kam damals als Lehrer und Leiter des deutschen Sektors an die Antifaschule Krasnogorsk. Er beeindruckte mich durch sein souveränes Denken und seine Offenheit.

Von ihm hörten wir: »Es war die Tragödie des Sozialismus, daß er in dem rückständigen Rußland aufgebaut werden mußte.« Ich habe diesen Satz natürlich nicht vergessen und in mein Denken eingebaut. Er hat mir geholfen, alles, was ich kennenlernte, in seiner Widersprüchlichkeit zu sehen und über das Zustandekommen dieser Widersprüche nachzudenken. Auf diese Weise haben mich fünf Jahre und vier Monate Gefängnis und Arbeits- und Erziehungslager in der UdSSR nicht aus der Bahn geworfen, ja sogar weitergeholfen.

Wir hatten in Krasnogorsk unter unseren Lehrern auch Heinz Hoffmann, den späteren Minister für Nationale Verteidigung, der in Spanien schwer verwundet worden war. Auch deshalb habe ich die Beiträge in der Rubrik »No pasaran!«<sup>2</sup> mit besonderem Interesse gelesen. Wann werden wir Linken lernen, das Gemeinsame ernst zu nehmen. In dieser Beziehung können wir von den Rechten lernen.

1 Caroline de Luis: Erinnerungen an W.H., in: UTOPIE kreativ, Heft 69/70 (Juli/August 1996), S. 9ff.

2 u.a. Eva Sittig-Eisenschitz: An den Fronten des Spanischen Bürgerkrieges; Theodor Bergmann: Der Spanische Bürgerkrieg und die Weltpolitik; Reiner Tosstorff: Spanischer Bürgerkrieg, Stalinismus und POUM, in: Ebenda, S. 56-99.

# SÁNDOR KURTÁN

## Rákosi im Verhör. Einige Ergänzungen

Ich bin ein ungarischer Politikwissenschaftler am Lehrstuhl für Politikwissenschaft der WU Budapest. Im Sommer dieses Jahres verbrachte ich zwei Monate im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Berlin. Bei der Durchsicht jener Zeitschriften, die in Ungarn nicht zugänglich sind, bin ich auf das von der Februar-Nummer der Zeitschrift veröffentlichte Dokument über die Gespräche György Aczéls und Sándor Nógrády mit Rákosi, Gerö und Kovács gestoßen. Zwar sind meine Forschungsschwerpunkte Interessenverbände bzw. Parlament, ich bin also kein Parteihistoriker. Doch habe ich ein halbes Jahrzehnt Geschichte Ungarns im XX. Jahrhundert unterrichtet und verfolge auch noch heute einschlägige Publikationen auf diesem Gebiet.

Zum Dokument über die Gespräche György Aczéls und Sándor Nógrády mit Rákosi, Gerö und Kovács möchte ich einige ergänzende Bemerkungen zur Vorgeschichte dieses Dokumentes machen, das im Jahre 1962 entstand – wobei ich mich auf die neueste diesbezügliche Literatur stütze.

Der XXII. Parteitag der KPdSU mit seiner scharfen Stalin-Kritik motivierte auch die ungarische Parteiführung, nun endlich sich mit den Gesetzesverletzungen während der Rákosi-Ära zu beschäftigen. Der Kreis der Betroffenen wurde aber von Anfang an auf die Teilnehmer der Arbeiterbewegung eingegrenzt. Andere Betroffene blieben – jedenfalls in dem August 1962 veröffentlichten Beschluß – unerwähnt. Das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) beschäftigte sich im November 1961 mit dieser Thematik: Auf der Sitzung wurde der frühere Beschluß des Politbüros gutgeheißen, ein »Inventar« der Gesetzesverletzungen zur Zeit des Personenkultes zu erstellen. Eine Kommission wurde gebildet, die in sechs Monaten Bericht erstatten sollte. Im Rahmen dieser Tätigkeit wurden dann im Mai 1962 Gy. Aczél und S. Nógrády vom Politbüro beauftragt, auf Basis der von der Kommission gesammelten Fakten M. Rákosi, E. Gerö und I. Kovács zu verhören (Rákosi befand sich noch in der Sowjetunion). Ziel des Politbüros war es, mit diesem Bericht endlich einen Punkt unter dieses schmerzliche Kapitel der Parteigeschichte zu setzen. Die Rehabilitierung der Verurteilten sollte zu Ende gebracht werden. Weiter sollten die Gründe der Gesetzesverletzung aufgedeckt, die Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen werden – vor allem Rákosi, Farkas und Gerö.

Das ZK der USAP hat dann am 14. August 1962 den mehrmals umgearbeiteten Bericht der Kommission in einer langen, oft von Emotionen geladenen und von persönlichen Erfahrungen mitgeprägten Diskussion behandelt (das Protokoll hat eine Länge von ca. 300 maschinengeschriebenen Seiten). Letztendlich wurde nur ein Teil dieses Berichtes als ZK-Beschluß im Zentralorgan der USAP, Népszabadság, veröffentlicht.<sup>1</sup> (Beschluß des ZK der USAP über den Abschluß der gesetzesverletzenden Prozesse gegen Personen der Arbeiterbewegung in den Jahren des Personenkultes.) Der Beschluß ging auf jene Gründe ein, die zu den Gesetzesverletzungen führten und benannte auch die Hauptschuldigen, namentlich M. Rákosi, M. Farkas, E. Gerö, I. Kovács, G. Péter und E. Szücs. Rákosi, Gerö und Kovács wurden aus der Partei ausge-

1 Népszabadság,  
19. August 1962.

schlossen. Rákosi blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1971 in Verbannung in der Sowjetunion. (Farkas war schon 1956 aus der Partei entfernt worden, Szücs lebte nicht mehr.) Jene Personen, die bei den Gesetzesverletzungen mitgewirkt hatten und noch beim Staatssicherheitsdienst, bei Gerichten oder der Staatsanwaltschaft tätig waren, wurden versetzt. Die Opfer der Repressalien (hier ging es also um jene, die in der Arbeiterbewegung tätig waren) sollten rehabilitiert werden, soweit dies noch nicht geschehen war.

Auch die ausländischen kommunistischen Parteien wurden informiert – wenn auch nicht so ausführlich wie ursprünglich gedacht. Die KPdSU bekam natürlich eine detaillierte Auskunft. Der Bericht, der interne ZK-Beschluß, der veröffentlichte ZK-Beschluß, die Beschlüsse über die Disziplinarverfahren und der Bericht über die Gespräche mit Rákosi, Gerö und Kovács wurden alle ins Russische übersetzt und von Kádár an Chruschtschow geschickt. Jene Parteien, die am VIII. Parteitag der USAP (November 1962) teilnahmen, bekamen nur die beiden veröffentlichten Dokumente (ZK-Beschluß und Beschlüsse über die Disziplinarverfahren). »Eine Ausnahme bildete Walter Ulbricht, in dessen Fall – vielleicht als Rechtfertigung, mit dem Ziel der Überzeugung – als nötig empfunden wurde, den Bericht über die Anhörung und über das Gespräch bei der Bekanntgabe des Ausschlusses zu schicken.«<sup>2</sup> Wahrscheinlich trug dazu auch die Tatsache bei, daß Rákosi und Ulbricht sich gut kannten und befreundet waren – in Moskau waren sie Nachbarn.

Zu Gesetzesverletzungen, Willkür und Terror kam es in allen staatssozialistischen Ländern. Das Ausmaß war jedoch unterschiedlich. Deshalb muß man kurz darauf eingehen, wie in dieser Hinsicht Ungarn ausschaute.

Die Prozesse, die sich gegen Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung richteten, erfolgten in mehreren Wellen. Die erste Serie, die vielleicht bekannteste, war die *Rajk-Affäre*, die aus einem Hauptprozeß und mehr als 30 Nebenprozessen bestand (1949-1951). Es wurden insgesamt 141 Personen verhaftet, davon 39 interniert, 15 hingerichtet, 11 zu lebenslangem Gefängnis verurteilt.<sup>3</sup> (Hier sei bemerkt, daß in der ungarischen Literatur diese Art von Prozessen *konzeptionelle Prozesse* genannt werden, da es hier nicht um Aufdeckung tatsächlicher Verbrechen, sondern um den »Beweis« verschiedener Konzepte ging. Der Großteil waren nicht Schauprozesse, sondern wurden geheim abgewickelt.) Bekanntlich hatte der Rajk-Prozeß auch eine außenpolitische, gegen Tito und Jugoslawien gerichtete Bedeutung. Während der »Strafverfolgung« und Verhöre wurden auch gegenüber 526 ausländischen Kommunisten (davon 40 Deutschen) Beschuldigungen aus den Verhafteten erpreßt. Diese Aussagen wurden dann den entsprechenden Parteien zugeleitet.

Im *Sólyom-Prozeß* (1949), der in erster Linie Generäle und hochrangige Offiziere betraf, wurden 48 Personen verhaftet, davon 4 interniert, 10 hingerichtet, 13 zur lebenslangen Haft verurteilt. Die anderen bekamen zwischen 5 und 15 Jahren. 1950 folgten die *Verfahren gegen ehemalige Sozialdemokraten*, die 431 Menschen betrafen. 276 wurden interniert, 154 wurden in konzeptionellen

2 Sipos, Levente: Hiányos leltár. MSZMP-dokumentumok a »a személyi kultusz idején elkövetett törvénysértésekről«. (Mangelhaftes Inventar. USAP-Dokumente über »Gesetzesverletzungen zur Zeit des Personenkultes«) Társadalmi Szemle, 1994/ 11, 12.

(Hier sind neben einer einleitenden Studie der Bericht, der vom ZK diskutiert wurde, sowie Teile aus der Diskussion veröffentlicht.)

3 Diese und die folgenden Zahlen sind entnommen aus: Törvénytelen szocializmus. A tényfeltáró bizottság jelentése. (Gesetzloser Sozialismus. Der Bericht der Kommission für Deliktermittlung.) Budapest 1991.

Geheimprozessen verurteilt. Es kam dann zu weiteren Verhaftungswellen, denen z.B. der Innenminister J. Kádár und der Außenminister Kállai zum Opfer fielen (1951).

Selbst die Staatssicherheit wurde von den Säuberungen nicht verschont. In der *Szücs-Affäre* wurden gegen 40 Personen Verfahren eingeleitet. Zwei wurden hingerichtet, einer zu lebenslanger Haft, die anderen zu verschiedenen Haftstrafen verurteilt. Während der Verhöre wurden Szücs und sein Bruder zu Tode geprügelt. Im Januar 1953 wurde auch G. Péter verhaftet und verurteilt. Etliche Personen, die also Mitwirkende bei »Untersuchungen« in konzeptionellen Prozessen waren, wurden nun selber in solchen Verfahren abgeurteilt.

4 siehe Sipos, op.cit.

Aus dem Bericht<sup>4</sup>, der für die ZK-Sitzung im Juni 1962 erstellt wurde, können wir entnehmen, daß in diesen Prozessen insgesamt 336 Personen interniert und 382 Personen verurteilt wurden. An 28 von ihnen wurde das Todesurteil vollstreckt, 23 verstarben in den Internierungslagern, Gefängnissen oder in der U-Haft (3 begingen Selbstmord). 5 Personen flohen in den Selbstmord, weil sie ihrer Verhaftung entgehen wollten (so z.B. S. Zöld) oder weil Familienangehörige verhaftet bzw. hingerichtet wurden.

Der Beschluß von 1962 bezog sich also auf diesen obengenannten Personenkreis. Man darf aber zwei Dinge nicht vergessen. *Erstens*, daß der Terror auch andere Gruppen betraf: hohe katholische Würdenträger (z.B. Mindszenty-Prozess 1949), Wirtschaftsmanager ausländischer Unternehmen (um die Verstaatlichung dieser Firmen zu erleichtern), Offiziere oder die jüdische Hilfsorganisation JOINT. Nach sowjetischem Muster wurden Arbeitslager errichtet, wo tausende Gefangene (meist Internierte) oft unter unmenschlichen Verhältnissen leben bzw. arbeiten mußten. 1951 wurden mehr als 12 000 Personen, »Mitglieder der ehemaligen herrschenden Kreise« aus Budapest, und noch viel mehr aus Provinzstädten ausgesiedelt. Und letztlich darf man nicht vergessen, daß die *polizeistaatlichen Maßnahmen und Methoden weite Kreise der Bevölkerung betrafen*. Aus dem ZK-Beschluß vom 28. Juni 1953 (in dem u.a. Rákosi, Gerö, Farkas und Révai scharf kritisiert wurden und der einen neuen Kurs in der Innenpolitik festlegte) erfahren wir, daß die Polizei als Übertretungsgericht zwischen 1951 und Mai 1953 850 000 Urteile fällte. Die Gerichte beschäftigten sich zwischen 1950 und Mai 1951 mit den Fällen von 650 000 Personen, davon wurden 387 000 verurteilt. (Dieser ZK-Beschluß wurde erst 1986 veröffentlicht!) Wenn es sich auch in vielen Fällen um geringfügige Strafen handelt<sup>5</sup>, sieht man, daß sehr viele Menschen den administrativen Maßnahmen der Staatsgewalt ausgesetzt waren. Einige Historiker schätzen die Gesamtzahl auf ca. zwei Millionen!

5 Es wurden aber auch sehr harte Urteile gefällt. Berüchtigt ist der Fall, wo ein Bauer aus Unvorsichtigkeit ein Getreidefeld anzündete. Er wurde wegen Sabotage zum Tode verurteilt.

*Zweitens* muß man darauf hinweisen, daß willkürliche Verfahren, Prozesse mit Prekonzeptionen schon vor 1949 stattfanden. Es hat symbolischen Charakter, daß G. Péter am 13. Februar 1945 (am Tage der Befreiung von Budapest) jenen Pál Demény in der Hauptstadt verhaftete und ihm erklärte er sei »Gefangener der Partei« (nämlich der KPU), der in der Zwischenkriegszeit Anführer einer nicht aus Moskau geleiteten illegalen kommunistischen Bewegung

war, die zeitweise mehr Mitglieder im Land aufzeigte als die ungarische Sektion der Kommunistischen Internationale.

Es war eine ausgezeichnete Idee, die im Text genannten Namen durch kleine Biographien zu erleuchten, da diese Personen für die meisten deutschen Leser kaum bekannt sein dürften. Diese müßten aber ergänzt bzw. korrigiert werden, da in den biographischen Daten einige Irrtümer und Ungenauigkeiten zu finden sind.

*István Kovács* (geb. 1911), mit dem eines der Gespräche geführt wurde, gehörte zu den führenden Persönlichkeiten der Partei der Ungarischen Werktätigen (also der Staatspartei zwischen 1948 und 1956) und war Mitglied jener Dreier- (1951) und Fünferkomitees (1955), die die Fälle von János Kádár bzw. von Mihály Farkas untersuchten. Die wichtigsten Daten seines Lebens sind die folgenden:

Ausbildung als Polsterer; 1927 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns (dies war eine legale Tarnpartei der KP in den Jahren 1925-1927) bzw. des Kommunistischen Jungarbeiterverbandes Ungarns (KJVU); 1930 verläßt er Ungarn, Schulung in Moskau an der Internationalen Leninschule der Komintern; 1931-1932 Vertreter des KJVU in der Kommunistischen Jugendinternationale; 1933 Rückkehr nach Ungarn, Sekretär des KJVU; 1934 Verhaftung und Verurteilung zu neun Jahren Haft; 1942 Entlassung aus der Haft, wird Mitglied des Sekretariats des ZK der illegalen KP, *Sekretär der Budapest Organisation*; 1943 erneute Verhaftung, im Jahre 1944 gelang ihm die Flucht, im Widerstand tätig; 1945-1949 Leiter der Organisationsabteilung der KPU bzw. PUW; 1945-1946 *Mitglied des Politbüros*; 1948 Mitglied des ZK der PUW und des Sekretariats; 1949 *Mitglied des Politbüros, Parteisekretär von Budapest*; 1955 wieder im *Politbüro*; 1956 am 23. Oktober kommt er nicht mehr in die führenden Gremien, am 30. Abwahl vom Posten des Sekretärs von Budapest, am 31. fliegt er in die Sowjetunion; es gelingt ihm nicht, in die Führung der USAP aufgenommen zu werden; 1958 Rückkehr nach Ungarn, wird Abteilungsleiter des Ministeriums für Leichtindustrie; 1962 wegen Verletzung der Gesetzlichkeit Ausschluß aus der USAP, bekommt 1966 von der Kontrollkommission die Mitgliedschaft zurück; 1974 geht er als Institutsdirektor in Pension.

Er ist nicht zu verwechseln mit jenem *István Kovács* (1921-1973), der zwischen 1945 und 1950, zuletzt als Hauptmann, bei der politischen Polizei tätig war. Er ist wiederum – laut den biographischen Notizen des Buches »Iratok az igazságszolgáltatás történetéből 3« (Schriften zur Geschichte der Justiz, Band 3, Budapest 1994, – der viele interessante Dokumente über die Prozesse der fünfziger Jahre enthält) – nicht identisch mit *László Farkas* (geb. 1914 oder 1919), der zwischen 1945 und 1956 verschiedene Parteifunktionen innehatte und zwischen 1948 und 1950 einer der Stellvertreter Gábor Péters war.

*Sándor Zöld* (1913-1951) studiert Medizin in Debrecen; 1932 Eintritt in die KPU; 1944 Abgeordneter in der Provisorischen Nationalversammlung, *Staatssekretär im Innenministerium*; 1948 Mitglied des ZK, wieder *Staatssekretär im Innenministerium*; Juni 1950-April 1951 *Innenminister*; im April 1951 wird die Tätig-

keit Zölds im Politbüro scharf kritisiert. Der Tod Zölds ist bis zum heutigen Tage nicht geklärt – Rákosi erwähnt selber, daß er vor Zölds Tod mit ihm sprach. Es gibt Memoiren, wo berichtet wird, daß Rákosi ihn beschuldigte und mit der Waffe bedroht hat. Zöld wußte, was solche Anschuldigungen zur Folge hatten, da er natürlich das Schicksal seines Vorgängers Rajk und dessen Familie kannte. (Rajks Frau wurde verhaftet, sein Sohn kam unter einem falschen Namen in ein Kinderheim). Daraufhin ging er nach Hause, erschöß seine Familie und nahm sich dann das Leben. Es gibt aber auch Vermutungen, daß es sich um einen politischen Mord handelt.

*László Sólyom* (1908-1950) Offizier; 1941 als Hauptmann des Generalstabes in den Ruhestand versetzt, arbeitet in der Fabrik Egyesült Izzó weiter; 1942 Eintritt in die KPU, Tätigkeit im Widerstand, 1944 Verhaftung, kann aber fliehen; 1945 nach der Befreiung *Polizeipräsident von Budapest*; 1947 *Generalstabschef der Armee*; 1950 wird er verhaftet und auf Grund falscher Anschuldigungen zum Tode verurteilt und hingerichtet.

*Dezső Nemes* (1908-1985) Ausbildung als Polsterer; 1926 Eintritt in die KPU; 1931 erstmals in der Sowjetunion; 1933 Rückkehr nach Ungarn; 1935 bleibt er endgültig in der Sowjetunion; 1935-1939 Arbeiter in einer Möbelfabrik; 1939-1943 studiert er neben der Arbeit Geschichte in Moskau; während des Krieges politische Arbeit mit Kriegsgefangenen; 1945-1948 Sekretär des Gewerkschaftsrates (in Ungarn); 1953-1956 Direktor des Parteiverlages Szikra; 1956 im Herbst wird er *Direktor der Parteihochschule*; 1957-1961 Leiter des Redaktionskomitees des Parteizentralorgans *Népszabadság*; 1957-1980 *Mitglied des Politbüros der USAP*; 1965-1966 Direktor des Partehistorischen Instituts; 1966-1977 erst Direktor, dann Rektor der Parteihochschule; 1977-1980 *Chefredakteur von Népszabadság*; 1980-1983 Direktor des Partehistorischen Institutes. (Das in der Veröffentlichung zitierte Buch »Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1962«, Berlin 1983, wurde von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Dezső Nemes geschrieben.)

*Sándor Nógrády* (1894-1971) Ausbildung als Dreher und Elektriker; 1918 Eintritt in die Sozialdemokratische Partei; 1919 Eintritt in die KPU; nach dem Sturz der Räterepublik flieht er in die Tschechoslowakei, ist dort in der kommunistischen Jugendbewegung tätig, emigriert erst nach Berlin, dann nach Moskau, wird Mitarbeiter der Komintern (Aufträge in Rumänien, in der Tschechoslowakei, in Deutschland, in Österreich, in der Schweiz, in Frankreich und in Spanien); 1941 Redakteur des ungarischsprachigen Senders Kossuth Rádió; 1944 *Kommandant der Partisanenschule in Kiew*, im September des Jahres Einsatz in der Slowakei; 1945 Staatssekretär im Ministerium für Industrie; 1946 *Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda des ZK der UKP*; 1949-1956 *Chef der politischen Hauptverwaltung der Ungarischen Volksarmee*; 1957 *Leiter der Abteilung für Agitation und Propaganda des ZK der USAP*; 1957-1960 Botschafter in Peking und Hanoi; Er war nach 1945 ununterbrochen Mitglied des ZK, 1959 - 1966 Vorsitzender der Zentralen Revisionskommission.

Györgi Actzél ist 1991,  
György Marosán 1992,  
Gábor Péter 1993 und  
Gyula Kállai ist 1996  
verstorben.